

Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuß

Entwurf des Haushaltsgesetzes 1994

Einzelplan 14 - Ministerium für Bauen und Wohnen
- Drucksachen 11/5900, 11/6322 -



Bericht über das Ergebnis der Beratungen des

Ausschusses für Frauenpolitik

Berichterstatterin Abgeordnete Marie-Luise Morawietz SPD

Beschlußempfehlung

Der Ausschuß empfiehlt, die sich aus dem Bericht ergebenden Anträge abzulehnen.

Bericht

Der Ausschuß für Frauenpolitik hat in seiner Sitzung am 26. November 1993 neben Änderungsanträgen zum Einzelplan 11 - Ministerium für die Gleichstellung von Frau und Mann - auch Anträge zu Haushaltstiteln anderer Einzelpläne beraten, die einen unmittelbaren frauenpolitischen Bezug haben.

Die Anträge zum Einzelplan 14 mit den jeweiligen Begründungen und Abstimmungsergebnissen sind der beigefügten Anlage zu entnehmen.

Marie-Luise Morawietz
Vorsitzende

Anlage

Änderungsanträge der Fraktionen
im Ausschuß für Frauenpolitik

zum Einzelplan 14

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
1	GRÜNE	Kapitel 14 050, Einrichtung eines neuen Titels Sofortprogramm zur Bekämpfung von Obdachlosigkeit mit einem Ansatz von 55 000 000 DM Das Programm wird aufgeteilt auf folgende Maßnahmen: - Sanierung von Schlucht- und Einfachstwohnungen 20 000 000 DM - Bau von Wohnungen für Obdachlose nach dem 2-Stufen-Modell des AussiedlerInnenprogramms 30 000 000 DM - Anschubförderung für die Träger sozialer Arbeit für die Schaffung von Wohnraum für ihre Klientel 5 000 000 DM Die Positionen sind gegenseitig deckungsfähig. Begründung: Obdachlosigkeit, die lange Zeit als überwunden galt, ist wieder im Vormarsch. Rund 60.000 Menschen sind in NRW offiziell obdachlos gemeldet. Die Tendenz ist steigend. Der Anteil der Frauen, Kinder und Familien nimmt überdurchschnittlich zu. Es handelt sich nicht mehr vorwiegend um die Obdachlosigkeit alleinstehender Wohnungs-und Arbeitsloser. Hinzu kommt, daß die Verweildauer in psychiatrischen	abgelehnt SPD nein CDU Enth. F.D.P. nein GRÜNE ja Auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde über alle Änderungsanträge zusammen abgestimmt.

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
noch 1		Kliniken, heilpädagogischen Heimen, Erziehungsheimen und Frauenhäusern viel länger ist, als sachlich notwendig. Das behindert die Arbeit in diesen Einrichtungen und die Entwicklung zur Selbstständigkeit der KlientInnen unverantwortlich. Diese Situation macht ein Sofortprogramm notwendig. Entsprechende Anforderungen liegen uns vor aus der Stadt Bielefeld, von den Wohlfahrtsverbänden und den Leitern der Wohnungsämter in NRW. Bündnis 90/DIE GRÜNEN hat ein solches Programm bereits im September 1992 mit dem Antrag "Obdachlosigkeit in NRW bekämpfen" - Drs. 11/4292 - gefordert. Bis heute hat die daraufhin eingerichtete interministerielle Arbeitsgruppe keine Vorschläge zur Umsetzung auf den Tisch gelegt. Das hier vorgeschlagene Sofortprogramm wird ergänzt durch Maßnahmen für Frauen und junge Erwachsene, da für diese jegliche Infrastruktur fehlt. Die Titel sind im Haushalt des MAGS zu finden.	
2	GRÜNE	Kapitel 14 050, Einrichtung eines neuen Titels Ausbau von Wohnungen für AsylbewerberInnen zu Wohnungen des sozialen Wohnungsbaus mit einem Ansatz von 20 000 000 DM Begründung: Entsprechend dem Programm für den Bau von Wohnungen und Wohnheimen für AussiedlerInnen dient dieses Programm dazu, Wohnungen für AsylbewerberInnen nach einer Übergangsfrist an den Standard des sozialen Wohnungsbaus anzupassen. Die erste Phase wird vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales übernommen. In der zweiten Phase finanziert das MBW die notwendigen Renovierungen und Standardanpassungen.	abgelehnt SPD nein CDU Enth. F.D.P. nein GRÜNE ja

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
3	GRÜNE	Kapitel 14 050, Einrichtung eines neuen Titels Wohungspolitischer Interventionsfonds für Kommunen und Kommunalverbände mit einem Ansatz von 230 000 000 DM Begründung: Die gegenwärtige Wohnunsnot ist nicht allein durch den Neubau von Wohnungen zu lösen. Hinzu kommen müssen Strategien zum Auffangen der Verluste im Bestand. Mit dem Interventionsfonds sollen die Kommunen und Kommunalen Verbände in die finanzielle Lage versetzt werden, Bindungen und spekulationsbedrohten und bisher von alliierten Streitkräften genutzte Wohnungen aufzukaufen und Vorkaufsrecht bei der Anwendung von Erhaltungs- und Milieuschutz-Satzungen anzuwenden. In-vestorInnen, die nachweisen, daß sie 25 % ihrer Wohnungsbestände an "schwervermittelbare" Personengruppen vergeben, erhalten die Mittel vorrangig.	abgelehnt SPD nein CDU Enth. F.D.P. nein GRÜNE ja
4	GRÜNE	Kapitel 14 050, Einrichtung eines neuen Titels Energiesparprogramm für den Wohnungsbestand mit einem Ansatz von 30 000 000 DM Begründung: Die neue Wärmeschutzverordnung stellt im Bestand - allerdings nur bei Um- und Ausbaumaßnahmen - erhöhte Anforderungen an die Wärmedämmung und Energienutzung. Da gerade im Bestand erhebliche Potentiale zur Energieeinsparung bestehen, soll dieses Programm finanzielle Anreize schaffen, Wärmedämm- und Energieeinsparungsmaßnahmen im Wohnungsbestand beschleunigt umzusetzen.	abgelehnt SPD nein CDU Enth. F.D.P. nein GRÜNE ja
5	GRÜNE	Kapitel 14 050, Einrichtung eines neuen Titels Behindertengerechte Modernisierung mit einem Ansatz von 20 000 000 DM Begründung: Eine Anpassung der Anzahl behindertengerechter Wohnungen an den tatsächlichen Bedarf kann nicht allein durch Neubaumaßnahmen realisiert werden. Gerade im Bestand besteht ein enormer Nachholbedarf. Das Programm soll finanzielle Anreize für InvestorInnen schaffen.	abgelehnt SPD nein CDU Enth. F.D.P. nein GRÜNE ja